58. Jahrgang No. 203

Berliner Volks-Zeitung

mit täglichem Familienblatt und Illustr. Sonntagsblatt

Morgen-Ausgabe
Dienstag, 3. Mai 1910

Erscheint täglich zweimal: Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementspreis für Gross-Berlin: 75 Pfennig monatlich frei ins Haus, vierteljährlich Mark 2.25. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich Mark 0.90 und vierteljährlich Mark 2.40. Insertionspreis für die Zeile 40 Pfennig, Stellenangebote und Gesuche 30 Pfennig. Kleine Anzeigen das Wort 6 Pfennig, das fette Ueberschriftswort 15 Pfennig. Redaktion und Haupt-Expedition: SW, Jerusalemer Strasse 46-48.
Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin W.

Telephon: Amt I, Nr. 10131—10148. Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Wienerstr. 1—6, Frankfurter Allee 61—62, Gr. Frankfurterstr. 81 und 87, Prenzlauer Allee 54, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstr. 27, Königstrasse 66/67, Rathenowerstr. 8, Potsdamerstr. 38, Leipzigerstr. 103, Hildesheimerstrasse 69, Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstrasse 94, Schauerstr. 35, Friedenau: Steglitz, Rheinstrasse 29, Gross-Lichterfelde West, Carlstrasse 1—3, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Pankow, Hornholmerstr. 1, Rixdorf, Berlinerstrasse 41, Schöneberg, Hauptstr. 155, Tegel, Berlinerstrasse 90, Weissensee, König-Chaussee 63 b, Wilmersdorf, Uhlandstrasse 90/99.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die Städtebau-Ausstellung.

Ein höchst zeitgemäßes Unternehmen — diese Berliner Städtebauausstellung! Die erste in ihrer Art und dabei zugleich von internationaler Bedeutung. In sehr dankenswerter Weise haben sich fast alle Nationen beteiligt. Man sieht Paris und London, italienische Städte; sehr reich haben Wien und Budapest die Ausstellung beschickt. Stockholm und Gotenburg sind sehr gut vertreten. Von Amerika haben Chicago, New-York und Philadelphia Pläne und Modelle geschickt.

Am meisten Material haben natürlich die deutschen Städte geliefert.

Daß gerade Berlin mit einer solchen Ausstellung vorangeht, ist erklärlich. Denn in Berlin ist jetzt das Problem des Städtebaus brennend geworden. Die Stadt ist mit amerikanischer Schnelligkeit gewachsen, und die Bewohner haben bisher auf ihr Städtebild sehr wenig Sorgfalt verwendet. Sie sind fleißig und haben geschafft wie die Amerikaner. Und wenn zwar auch diese drauflos gebaut haben, ohne sich viel darum zu kümmern, was daraus wird, so haben die Leute übern Wasser doch einen großen Zug. Sie lieben die Ellenbogenfreiheit und haben die Städte hinausgebaut ins freie, unbeschränkte Land. Die Berliner aber haben sich zusammengepfercht wie in einem Ameisenhaufen. So hat es Berlin binnen dreißig Jahren von einer der weitläufigsten zu der nach Paris dichtbewohntesten Stadt der Welt gebracht.

Endlich hat sich die Einsicht durchgerungen, daß es so nicht mehr weiter gehen kann. Der Wettbewerb für einen Generalbebauungsplan von Groß-Berlin hat gezeigt, was alles versäumt worden ist und was für Probleme noch zu lösen sind. Und gründlich, wie der Deutsche ist, hat er gleich noch ein weiteres für die Vertiefung der Probleme hinzugefügt und eine umfassende Ausstellung veranstaltet.

Die Ausstellung kann man nicht mit einem raschen Ueberfliegen genießen wie so manche andere. Es gibt „Wunder der Technik", nur in Modellen, zu schauen. Man muß sich in die Pläne, Karten, Modelle und Statistiken schon einigermaßen vertiefen. Dann aber sprechen die Zahlen, dann leuchten die Pläne und die Modelle bekommen Leben.

Die Ausstellung bereichert auch die geschichtlichen Kenntnisse. Wir bewundern die Pracht Palmyras und altassyrischer Städte. Wir lernen das Stadtbild von Alt-Berlin kennen. Wir sehen Budapest vor seinem Aufschwung und blicken in das mittelalterliche Nürnberg, und eine Art Wehmut beschleicht uns bei der Erkenntnis, wieviel mehr Gemüt sich im Städtebau unserer Vorfahren zeigt als in dem unserer Tage. Die Bevölkerung mußte in früherer Zeit die Wohnungen eng aneinander und aufeinander fügen, denn Festungsmauern und Gräben hinderten die Ausdehnung. Trotzdem waren die Wohnungen behaglich und stimmungsvoll. Heute ist es nicht nötig, daß wir so dicht bauen.

Die Ausstellung zeigt sehr erfreuliche Bestrebungen bei den notwendigen Stadterweiterungen wieder Gartenstädte zu schaffen. Bei den Entwürfen für den Generalbebauungsplan für Groß-Berlin ist sehr viel Mühe darauf verwandt worden, Haustypen zu gewinnen, die den Kasernentypus vermeiden und mit größeren Höfen und Kinderspielplätzen verbunden sind. Sehr gutes leistet da München, da es Verordnungen besitzt, daß jeder Bauplatzbesitzer, der bauen will, fünf Prozent seines Landes für öffentliche Gärten abtreten muß. Aus diesem Grunde ist die Stadtkarte Münchens fast so grün wie die Londons.

Hocherfreuliche Bilder rollen die gemeinnützigen englischen Gartenstädte auf. Aber in Hellerau bei Dresden sehen wir bereits die erste deutsche Nachahmung, und die neuesten Krupp'schen Gründungen fangen an, den patriarchalischen Charakter zu verlieren und demokratischer zu werden. Für Berlin sind glücklicherweise ähnliche Siedelungen in Vorbereitung.

Einen weiteren hochwichtigen Gegenstand umfassen die Projekte: Wald- und Wiesengürtel, Parkanlagen, Spielplätze, Friedhöfe. Mit seinem Prater ist Wien schon eine parkreiche Stadt. Aber mit seinem Wald- und Wiesengürtel an den Vorbergen des Wiener Waldes hat Wien etwas geschaffen, was einzig in der Welt dasteht und natürlich den heimlichen Neid der Berliner erregen kann, deren Waldbestand schon stark zusammengeschrumpft ist, und die noch heute nicht wissen, ob es ihnen — selbst mit hohen Kosten — gelingt, sich ähnliche grüne Flächen zu erhalten. Der Waldschutzverein und der Ansiedelungsverein haben eine große Karte ausgestellt, auf der mit blutroter Farbe die Waldflächen angezeichnet sind, die schon verschwunden oder zur Verwüstung bestimmt sind.

Außerordentlich Anerkennenswertes in Parkanlagen haben amerikanische Städte geleistet. Chicago hat in wenigen Jahren zweiundzwanzig Parks für siebzig Millionen Mark angelegt. Und wie praktisch sind diese Parks! Hier weiden Schafe und Kühe, damit die Kinder der Großstadt auch einmal die landesüblichsten Haustiere kennen lernen. Dort ist ein Tanzplatz unter der Linde, am andern Ort ein Teich zum Baden.

Noch mehr Geld haben die Gemeinden Groß-Bostons aufgewandt — hundertfünfzig Millionen für einen Wiesengürtel. Das heißt für die Zukunft sorgen! So handelt ein Volk, das noch längst nicht in dem Maße in Städten wohnt, wie das Deutsche, und das sich sagt: die städtische Kultur ist die Kultur der Zukunft, darum müssen in den Städten Kultur und Natur Hand in Hand gehen!

Eines der Hauptprobleme der Ausstellung ist die Bewältigung des Verkehrs. Auch hier steht Amerika an der Spitze. Einen gewaltigen Eindruck macht die große New-Yorker Untergrundbahn, die New-Jersey unter den breiten Hudson hinweg, mit der Manhattaninsel und mit Brooklyn verbindet. Man kann sich denken, wie schwierig in dieser ungeheuerlichen Tiefe und Länge die Luftzufuhr sein mag.

Gegen den Londoner und Pariser Schnellbahnverkehr nimmt sich der Berliner Schnellbahnverkehr außerordentlich dürftig aus. Dabei ist die Berliner Stadt- und Ringbahn — diese Schneckenbahn — als Schnellbahn (!) gerechnet. In der Verkehrsstatistik ist Berlin jedenfalls voran. Die Tafeln und Zeichnungen dafür sind mit großer Sorgfalt ausgearbeitet. Die sogenannten Verkehrsspinnen zeigen mit den übereinander geklebten Pappstreifen so kraß wie möglich, daß die Straßenbahnen in der Leipziger und in der Potsdamer Straße den Verkehr nur noch unzureichend bewältigen können. Die genügende Wissenschaft also besitzt Berlin. Es fehlt nur noch die Reform des Verkehrs!

Die Ausstellung verbreitet noch über eine Menge anderer Fragen Licht und Aufklärung. Doch in einem Rundgang kommt der Beschauer nicht zu Ende. Daher sagen wir für heute: Fortsetzung folgt.

Der Reichstag

nahm gestern in zweiter Beratung zunächst die Postzeitungsnovelle an, die Einlieferungsbescheinigungen auch für gewöhnliche Pakete gestattet.

Es folgte die zweite Lesung des Stellenvermittelungsgesetzes. Hier drehte sich die Debatte vornehmlich um einen sozialdemokratischen Antrag, der lediglich öffentlich-rechtliche, also staatliche Nachweise zulassen will. Er wurde als ein Eingriff in die Gewerbefreiheit bezeichnet, wenngleich man anerkannte, daß er die Auswüchse im Stellenvermittelungswesen radikal beseitigen würde, und abgelehnt. Es wurde auch auf die besonderen Mißstände im Gastwirtsgewerbe hingewiesen, aber betont, daß man dieses aus dem Rahmen des Gesetzes nicht herausnehmen könne. Ein konservativer Antrag, der die Bestimmungen des Gesetzes auch auf früher geschlossene Verträge anwenden will, wurde vom Staatssekretär Delbrück bekämpft, aber angenommen. Das Gesetz wurde genehmigt.

Die heutige Tagesordnung lautet: Zusatzabkommen mit Aegypten, Entlastung des Reichsgerichts, Aufstandsausgaben für Südwestafrika (dritte Lesung).

Die dritte Etatsberatung

im Abgeordnetenhause wurde gestern im Automobiltempo in Angriff genommen. In der Generaldebatte sprach nur ein Redner, der Sozialdemokrat Ströbel. Er erörterte die Aussichten eines blau-schwarz-gelben Blockes mit den Nationalliberalen und fragte nach der Stellungnahme des Zentrums zur Wahlreform; er forderte weiter die Koalitionsfreiheit für die Eisenbahner und führte Beschwerde über die Handhabung des Vereinsgesetzes.

Dann ging die Spezialberatung über Stock und Stein. Die Debatte zeitigte zwei interessante Momente: zuerst einen Zusammenstoß zwischen dem konservativen Abgeordneten v. Arnim-Züsedom und dem Sozialdemokraten Leinert. Herr v. Arnim wandte sich gegen den Wunsch der Sozialdemokraten, daß auch den sozialdemokratischen Rechtsauskunftstellen und Arbeitsnachweisen staatliche Unterstützung gewährt werde; er vermutete bei dieser Gelegenheit, daß Sozialdemokraten das Schild der Nachweisstelle des Reichsverbandes in Hannover befudelt hätten. Wegen dieser Vermutung machte der Abgeordnete Leinert dem Abgeordneten v. Arnim den Vorwurf der Feigheit, worauf dieser erklärte, er würde deswegen jedem anderen Abgeordneten gegenüber andere Waffen (also Säbel, Pistolen oder Kugelspritzen) anwenden als dem Abgeordneten Leinert gegenüber. Mit anderen Worten: Herr v. Arnim erklärte Herrn Leinert, er sei in seinen Augen nicht satisfaktionsfähig. Herr Leinert gab hierauf die einzig richtige Antwort: „Eine solche Bemerkung rührt mich nicht." Der amtierende Vizepräsident Dr. Porsch, der dem Abgeordneten Leinert den Ausdruck Feigheit verwiesen hatte, hielt es nicht für nötig, gegen Herrn v. Arnim einzuschreiten.

Am Ende der Sitzung brachte der Abgeordnete Fischbeck (Vp.) auf Grund der bekannten Vorgänge der letzten Monate das widerspruchsvolle Verhalten der Polizeibehörden zum Vereins- und Versammlungsrecht zur Sprache. Herr Fischbeck stellte fest, daß die Verfassung öffentlicher Aufzüge am 1. Mai durch die lokalen Polizeiverwaltungen auf Grund einer allgemeinen Anweisung „von oben" her erfolgt ist; das steht im Widerspruch mit einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, und der Redner ersuchte um eine Erklärung vom Regierungstisch. Dann brachte er nochmals den Briesen Fall der Zurückweisung eines jüdischen Praktikanten zur Sprache und rechnete mit dem Kultusminister wegen seines Verhaltens in dieser Sache ab. Vermutlich wird bei der heutigen Fortsetzung der Beratung die Regierung sich zu beiden Angelegenheiten äußern.

„Unannehmbar."

Die „Germania" wiederholt die Absage des Zentrums gegen die Wahlreformvorlage in der Herrenhausfassung, indem sie ihr „Unannehmbar" vom Sonnabend noch einmal ausspricht und sich gegen den verschiedentlich ausgesprochenen Zweifel verwahrt, ob sie die Anschauung der Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses wiedergegeben habe. Ueber die Stimmung in der Zentrumsfraktion wird der „Köln. Volksztg." aus Berlin geschrieben:

Im Zentrum herrscht einmütige Zustimmung zu dem Unannehmbar der Zentrumspresse, wie sie es sofort unter dem ersten Eindruck der Herrenhausbeschlüsse ausgesprochen hatte. Nicht eine Stimme — und ich habe deren viele gehört, von dem sogenannten rechten bis zum sogenannten linken Flügel des Zentrums, — hat auch nur einen Zweifel daran gelassen, ob es die jetzige Vorlage annehmen oder ablehnen werde.

Der Landesausschuß der Zentrumspartei tritt am Sonnabend, 7. Mai zusammen, um zur Wahlrechtsvorlage Stellung zu nehmen. Dann — oder vielleicht auch erst später — wird man erfahren, wie hoch das „Unannehmbar" der „Germania" zu bewerten ist.

Der Cumberländer will nicht.

Wie uns ein Telegramm meldet, sind die „Braunschweiger Neuesten Nachrichten" ermächtigt, folgendes zu veröffentlichen: Der Herzog von Cumberland wird nicht bis zur Taufe des jungen Erbgroßherzogs in Schwerin verbleiben, sondern es vorher verlassen. Der Herzog und die Herzogin haben niemals die Absicht gehabt, bis zu den Tauffestlichkeiten in Schwerin zu verweilen oder zur Taufe dorthin zurückzukehren. Das Herzogspaar hat vielmehr bereits bei Verabredung seines Besuches in Schwerin dem Wunsche Ausdruck gegeben, nur anläßlich der Entbindung der Großherzogin und während der für die Pflege wünschenswert erscheinenden Zeit dort verbleiben zu wollen.

Mit anderen Worten: der Herzog von Cumberland bleibt nicht zur Taufe in Schwerin, weil er mit dem deutschen Kaiser nicht zusammentreffen wünscht. Das war zu erwarten.

„Deine Truppen, meine Truppen!"

Der Kaiser hat nach der Besichtigung der in Metz garnisonierenden Truppen auch an den König von Sachsen ein Telegramm gerichtet und diesem gegenüber seine besondere Anerkennung über die Verfassung der beiden in Metz garnisonierenden sächsischen Regimenter Ausdruck verliehen. In dem Antworttelegramm des Königs Friedrich August von Sachsen spricht dieser von „meinen beiden Regimentern". Wir haben am Sonnabend darauf hingewiesen, daß der Prinzregent von Bayern auf ein Telegramm des Kaisers aus Metz vollkommen korrekt von den in Metz garnisonierenden „bayerischen Truppen" gesprochen hat. Für den König von Sachsen wäre es nur von Vorteil, wenn er die vormärzliche Bezeichnung „Meine Truppen" vermeiden und dafür dem verfassungsmäßig durchaus zutreffenden Vorgehen des Prinzregenten von Bayern folgen wollte.

Der Reichsverweser.

Der Ausdruck „Verweser" ist aus dem politischen Sprachgebrauch so ziemlich verschwunden. Er war einst in Deutschland in jedermanns Munde, als nach der Revolution von 1848 vom Frankfurter Parlament der Erzherzog Johann von Oesterreich zum „Reichsverweser" gewählt wurde. Hiervon hat offenbar auch der „Reichsbote" die Glocken läuten hören, der sonst von der Revolution von 1848 nichts wissen will. Denn das Blatt schrieb dieser Tage:

„Der jetzige Reichskanzler ist noch nicht ein volles Jahr im Amt, und schon möchten ihn manche lieber scheiden als bleiben sehen. Welche Leichtherzigkeit offenbart sich da in bezug auf die Summe von amtlichen Verpflichtungen, die ein deutscher Reichskanzler bereits am ersten Tage seiner Verwesung des schwierigen Amtes eingeht!"

Das „schwierige Amt" wäre gar nicht so schwer zu „verwesen", wenn der Reichskanzler den Willen und die Entschiedenheit besäße, eine wahrhaft volkstümliche Politik zu treiben, so ungefähr das Gegenteil dessen, was seine famose Wahlrechtspolitik in Preußen darstellt!

Uebrigens wurde im Jahre 1848 in bezug auf den Reichsverweser einer der besten politischen Witze jener bewegten Zeit gemacht. Es war einer der beliebtesten Volksredner, der in einer Versammlung in den Zelten sagte: Man will uns einen Reichsverweser geben. Wozu brauchen wir einen Reichsverweser? Das Reich ist schon verwest genug!

Die Fakultäten gegen die Reichsversicherungsordnung.

Auf Anregung der medizinischen Fakultät der Universität Jena haben fast alle medizinischen Fakultäten Deutschlands eine Eingabe gegen die Reichsversicherungsordnung an die Reichsregierung gerichtet. Sie enthält über 150 Unterschriften ordentlicher Professoren. Die Eingabe macht auf die Gefahren der neuen Gesetzgebung aufmerksam und erklärt die Solidarität der akademischen Lehrer mit den Wünschen der Aerzteschaft, wie sie der Berliner Aerztetag und Dr. Mugdan im Reichstag ausgesprochen haben.

Zur Reichszuwachssteuer nahm der Bund der Festbesoldeten am Sonntag in einer stark besuchten öffentlichen Versammlung in Berlin Stellung. Nach einem Vortrage von Adolf Damaschke und nach einmütiger Zustimmung aller Redner wurde beschlossen, folgende Petition an den Reichstag zu senden: „Der Bund der Festbesoldeten richtet an den Hohen Reichstag die ebenso ergebene als dringende Bitte, dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Einführung der Reichszuwachssteuer seine Zustimmung zu erteilen. Die Steuer an dem unverdienten Wertzuwachs des Bodens erscheint geeignet, dem Reiche dauernd wachsende Beträge zuzuführen, ohne die Lebenshaltung des Volkes herabzudrücken und die ehrliche Arbeit in Stadt und Land zu belasten. Gerade die festbesoldeten Reichs-, Staats-, Gemeinde- und Privatbeamten sind in ihrer Lebenshaltung davon abhängig, daß der Gesamtheit die genügenden Mittel zur Verfügung gestellt werden, ohne daß die werktätigen Schichten der Bevölkerung dadurch belastet werden. Keine Steuer aber erscheint so geeignet, diesen Anforderungen zu genügen als jene Steuer, die genommen wird allein von dem Wert-